

NIEDERSCHRIFT Rat/020/2007

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 27.03.2007 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde
Herr Bernhard Faltmann
Herr Günther Fehmer
Herr Thomas Hagemann
Herr Florian Heuermann
Herr Bernhard Kortmann
Herr Willi Krause
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz-Josef Schulze
Thier
Frau Birgit Schulze Wierling bis zu TOP 10. ö. S.
Herr Karl-Heinz Ueding
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks ab TOP 7. ö. s.
Herr Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Herr Peter Nowak
Herr Martin Pfeiffer
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Thomas Tauber
Herr Klaus Wieling
Herr Heinz Roggenkamp
Herr Ulrich Schlieker

Entschuldigt fehlen:

Herr André Heßling
Frau Gabriele Mönning

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein
Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Zur Feststellung von Frau Dirks, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde wirft Herr Roggenkamp ein, dass er seine Einladung erst am Samstag bekommen habe.

Nachdem kein weiterer Einwand von den anderen Ratsmitgliedern erfolgt, stellt Frau Dirks fest, dass es sich um einen Einzelfall handele, der Sache aber nachgegangen werde.

Frau Dirks begrüßt dann zum ersten Mal in den Reihen des Rates Herrn Ludger Kleideiter, der für Herrn Menting als Ratsmitglied nachrückt. Herr Kleideiter muss nicht vereidigt werden, da er bereits als sachkundiger Bürger tätig war.

Frau Dirks schildert, dass Herr Menting vom 13. September 2006 bis 1. Februar 2007 Mitglied des Rates war, er aber bereits seit 2004 zunächst als sachkundiger Bürger im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss bzw. im Schul- und Sportausschuss und danach als Mitglied im Umwelt- und Denkmalausschuss bzw. Schul- und Sportausschuss mitgearbeitet habe. Des Weiteren habe er verschiedenen Ausschüssen als stellvertretendes Mitglied angehört.

Frau Dirks übergibt Herrn Menting zum Abschied eine Rathauschronik, bedankt sich bei ihm für die gute Mitarbeit und wünscht ihm für seinen weiteren Lebensweg alles Gute.

Daraufhin bedankt sich Herr Menting bei den Ratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit und wünscht dem Rat viel Glück bei seiner weiteren Arbeit. Leider habe er nur kurz mitarbeiten können, da er seinen Wohnsitz nunmehr außerhalb von Billerbeck habe.

Anschließend bedankt sich Herr Fehmer im Namen der CDU-Fraktion bei Herrn Menting mit einem Blumenstrauß für das leider nur „kurze Intermezzo“ als Ratsmitglied. Herr Menting sei immer ein „Aktiv-Posten“ in der Fraktion gewesen und er sei froh, dass er im Vorstand des CDU-Stadtverbandes weiterhin mitarbeite.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**
Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse.
Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

- 2. Wiederbesetzung und Umbesetzung von Ausschüssen**
Herr Messing weist auf eine Ergänzung des Beschlussvorschlages hin.
Herr Kleideiter solle als stellvertretendes Mitglied in die GIWo und Herr Heuermann als stellvertretendes Mitglied in den Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss gewählt werden.

Beschluss:

1. Herr Ludger Kleideiter wird als ordentliches Mitglied in den Umwelt- und Denkmalausschuss gewählt.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Herr Ludger Kleideiter wird als stellvertretendes Mitglied in den Haupt- und Finanzausschuss, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, Schul- und Sportausschuss, Jugend-, Familien-, Senioren- und Kultur- ausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Bezirksausschuss, Wahlprüfungsaus- schuss gewählt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Die nachstehend aufgeführten Ausschüsse werden wie folgt umbesetzt:
 1. Schul- und Sportausschuss (Herr Heuermann neu für Herrn Menting)
 2. Umwelt und Denkmalausschuss (Herr Heuermann anstelle des bisherigen „sachkundigen Bürgers“ Herr Kleideiter)
 3. Betriebsausschuss (Herr Kleideiter neu für Herrn Heuermann)

Stimmabgabe: einstimmig

4. In den Jugend- Familien- und Senioren- und Kulturausschuss wird Frau Bernadette Nattler als sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 3 GO NW für Herrn Heuermann gewählt.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Die nachstehend aufgeführten sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie die Ratsmitglieder Herr Kleideiter und Herr Heuermann werden als stellvertretende Mitglieder in die folgend aufgeführten Ausschüsse gewählt:

Herr Jürgen Hövener (Stub, UmDe, JFSK, Bezi)
 Herr Bernd Kösters (Stub, Schul, JFSK, Bezi, Betriebs)
 Frau Ursula Kratz (Stub, UmDe, JFSK, Bezi, Betriebs)
 Frau Bernadette Nattler (Stub, UmDe, Schul, Bezi, Betriebs)
 Frau Mechtild Relt (Stub, UmDe, Schul, Betriebs)
 Herr Theo Schulze Brock (Stub, Schul, JFSK, Betriebs)
 Herr Werner Schulze Eskinig (Stub, UmDe, Schul, JFSK, Betriebs)
 Frau Stephanie Weitkamp (Stub, UmDe, Schul, Bezi, Betriebs)

Herr Lutz Wichmann (Stub, UmDe, Schul, JFSK, Betriebs)
 Herr Ludger Kleideiter (GIWo)
 Herr Florian Heuermann (JFSK)

Stimmabgabe: einstimmig

6. Frau Stephanie Weitkamp wird zur persönlichen Stellvertreterin von Herrn Kleideiter in den erweiterten Vorstand der Freilichtbühne Billerbeck e.V. gewählt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. **Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden der Stadt Billerbeck**

Frau Dirks erläutert ergänzend, dass der Rat lediglich in seinem Kompetenzbereich beschließen könne. Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung angehe, müsse im Rahmen einer Dienstvereinbarung geregelt werden und sei mitbestimmungspflichtig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten das Recht, auf dem Betriebsgelände eine Gelegenheit zum Rauchen zur Verfügung gestellt zu bekommen. Da es kein Betriebsgelände gebe, werde ein Raucherraum im Obergeschoss des Rathauses zur Verfügung gestellt. Das werde im Rahmen einer Dienstvereinbarung zwischen ihr und dem Personalrat beschlossen.

Herr Hein macht in seiner Eigenschaft als Personalratsvorsitzender deutlich, dass dem Personalrat der Gesundheitsschutz aller Kolleginnen und Kollegen am Herzen liege. Sowohl die nicht rauchenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen als auch die Bürger dürften nicht durch Rauch belästigt werden. Zu den Kollegen und Kolleginnen zählten aber auch Raucher, denen die Möglichkeit gegeben werden müsse, ihrer Sucht auf menschenwürdige Weise nachkommen zu können.

Herr Dr. Meyring macht deutlich, dass man auf das Ehrenamt der Freiwilligen Feuerwehr zwingend angewiesen sei. Er befürchte, dass bei den Feuerwehrmitgliedern eine Demotivation entstehen könne, wenn dort nicht geraucht werden dürfe. Das Rauchen in der geöffneten Halle sollte offiziell erlaubt werden.

Beschluss:

In allen städt. Gebäuden wird ein generelles Rauchverbot verhängt. Entsprechende Hinweisschilder werden angebracht. An den Eingängen der städt. Gebäude werden praktikable Aschenbecher aufgestellt. Den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr wird die Möglichkeit eingeräumt, in der offenen Halle zu rauchen.

Stimmabgabe: 19 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen

4. **Zuleitung der Jahresrechnung 2006 an den Rat gem. § 93 Abs. 2 GO NW**

Herr Melzner trägt die wichtigsten Daten der mit der Einladung versandten Jahresrechnung 2006 vor.

Herr Roggenkamp weist darauf hin, dass in der Gruppierungsübersicht der Jahresrechnung (nach Seite 43) die Währung in DM angegeben sei. Hierbei handele es sich um ein Versehen, das behoben werde, so Herr Melzner.

Nach kurzer Erörterung fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Jahresrechnung 2006 wird zur Kenntnis genommen und aufgrund des § 59 Abs. 3 in Verbindung mit § 101 GO NW alter Fassung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen. Aufgrund der Genehmigungsverfügung zum Haushaltssicherungskonzept 2007 vom 09. Februar 2007, letzter Absatz Ziffer 1, wird die Bildung und Verwendung der Haushaltsreste lt. Seiten 28 – 31 der mit der Sitzungsvorlage vorgelegten Jahresrechnung beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. 1. Änderung des Bebauungsplanes Sanierungsgebiet II "Nordteil" hier: Ergebnis der Offenlage gem. § 13 Abs. 2 Nr.2 und 3 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB und Satzungsbeschluss

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

1. Gem. § 8 Abs. 2 BauGB wird festgestellt, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes Sanierungsgebiet II "Nordteil" aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist.
2. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB die 1. Änderung des Bebauungsplanes Sanierungsgebiet II "Nordteil" als Satzung. Diese besteht aus der Planzeichnung, dem Text und der Begründung hierzu.
3. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes Sanierungsgebiet II "Nordteil" beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung des EAG Bau vom 24. Juni 2004 (BGBl I S. 1359) in der zur Zeit geltenden Fassung
- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zur Zeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 1. März 2000 (GV NRW S. 256/SGV NRW 232) in der zur Zeit geltenden Fassung.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Ganzheitliche Sanierung der öffentlichen und privaten Kanalisation mit umweltgerechter Dränagewasserableitung hier: § 45 Abs. 6 Bauordnung Nordrhein-Westfalen über die vorgezogene Dichtheitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Bereich des Projektgebietes Kohkamp

Herr Wieling fasst zur Klarstellung zusammen, dass also auch diejenigen Grundstückseigentümer, die nicht an dem Projekt teilnehmen, die Dichtheit ihrer Leitungen bis 2008 nachweisen müssen. Er fragt nach, ob diese Frist nicht bis 2015 aufgeschoben werden könne.

Herr Hein verdeutlicht, dass die Frist bis 2008 eine Fördervoraussetzung sei. Zielsetzung des Projektes sei die Dichtheit aller Leitungen im Projektgebiet.

Herr Wieling unterstreicht, dass er bisher davon ausgegangen sei, dass diejenigen, die sich nicht an dem Projekt beteiligen wollen, außen vor seien, so Herr Wieling. Diese könnten sich aber bzgl. der Dichtheit nicht ausklinken. Er habe nicht gewusst, dass die Förderung hiervon abhängt.

Herr Hein erläutert, dass jeder Bürger für sich entscheiden könne, wie er den Kanal auf seinem Grundstück sanieren möchte. Wollte er jedoch die 50%-ige Förderung in Anspruch nehmen, müsse er die Sanierung im Rahmen des jetzigen Projektes durchführen. Am Ende müsse aber für das komplette Projektgebiet die Dichtheit der privaten Entwässerungsleitungen nachgewiesen werden.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die vorliegende Satzung der Stadt Billerbeck gem. § 45 Abs. 6 Bauordnung NRW über die vorgezogene Dichtheitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Bereich des Projektgebietes Kohkamp wird beschlossen.

Stimmabgabe: 18 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen

7. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.03.2007

Zunächst ergibt sich eine Erörterung über die Zuständigkeiten der Ausschüsse bzgl. der einzelnen von Herrn Schlieker beantragten Punkte.

Herr Wieling wirft im Laufe dieser Erörterung ein, dass die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Anträge nicht konkret genug seien und verdeutlicht dies an einigen Beispielen. Außerdem werde bzgl. der Festsetzungen des Niedrigenergiehausstandards auf die Regelungen der Stadt Münster verwiesen, diese habe er erst kurz vor der Sitzung erhalten. Man könne eine Großstadt wie Münster nicht mit Billerbeck vergleichen. Auch die im Positionspapier beschriebene prozentuale Aufteilung

der verschiedenen Bauweisen in einem Baugebiet und die damit verbundene Förderung könne er so nicht nachvollziehen. Bauherren, die konventionell bauten, bekämen danach keine Förderung. Es sei aber bereits heute so, dass die Bauherren nach neuesten Standards bauten. Im Rahmen der Planung neuer Baugebiete könnten die Bauherren in der vorab stattfindenden Bürgerinformation ihre Wünsche vorbringen, die dann auch nach Möglichkeit berücksichtigt würden. Eine Reglementierung, wie von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, lehne er ab.

Des Weiteren sollen lt. Fraktionsantrag bei der Strukturierung künftiger Baugebiete kommunikative und soziale Elemente berücksichtigt werden, so dass z. B. keine reinen Schlaf- und Freizeitstätten entstehen. Das trefte in Billerbeck überhaupt nicht zu, in den neuen Baugebieten werde gelebt und gewohnt und untereinander Kommunikation betrieben. Viele Dinge, die vorgeschlagen würden, würden bereits heute verwirklicht.

Auch das Bonussystem mit der Auflistung der Kriterien finde nicht seine Zustimmung. Man könne darüber reden, ob Familien mit Kindern ein Kleinkredit gewährt werde, er könne aber nicht akzeptieren, dass diejenigen Bauherren, die regenerative Energien nutzten, was bereits steuerlich gefördert werde, über den Grundstückspreis noch einmal begünstigt werden. Das habe nichts mit nachhaltiger Politik zu tun. Zudem kämen so die Bauherren, die konventionell in Eigenleistung bauen wollen, nicht in den Genuss des Bonussystems.

Zu der lt. Fraktionsantrag angestrebten Versickerung von Oberflächenwasser auf den Grundstücken weist Herr Wieling darauf hin, dass lt. Gutachten der Boden in Billerbeck nicht zur Aufnahme von Oberflächenwasser geeignet sei. Hierüber sei bereits lange diskutiert worden.

Herr Wieling kommt zu dem Schluss, dass man sich die Diskussion im Ausschuss sparen könne. Im Grunde fasse der vorliegende Fraktionsantrag nur das gesamte Positionspapier zusammen. Er lehne den Fraktionsantrag ab.

Herr Schlieker hält dem entgegen, dass der Antrag sehr detailliert und konkret formuliert sei. Außerdem sollte der Rat die Diskussion in den zuständigen Ausschüssen nicht vorweg nehmen. Er beantrage, den Fraktionsantrag in die zuständigen Ausschüsse zu verweisen, damit die einzelnen Punkte dort sachlich diskutiert werden können.

Herr Fehmer legt dar, dass sich die Mitglieder der CDU-Fraktion noch nicht näher mit dem Fraktionsantrag der Grünen beschäftigt hätten, weil sie davon ausgegangen seien, dass der Fraktionsantrag, wie bisher üblich, an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen wird. Er könne nicht nachvollziehen und finde es auch nicht fair, wenn der Antrag bereits jetzt abgelehnt werde.

Herr Krause schließt sich der Auffassung von Herrn Wieling an. Die Verwaltung sollte nicht mit dem Aufarbeiten parteiideologischer Grundsätze beschäftigt werden. Der Fraktionsantrag der Grünen sei nicht konkret genug, um in den Ausschüssen behandelt und beschlossen zu werden.

Herr Nowak stellt heraus, dass man in Billerbeck in vielen Punkten weiter sei als das, was mit dem Fraktionsantrag erreicht werden solle. Der Frak-

tionsantrag beinhalte eine Menge Wind und viel Abstraktes. Im Übrigen seien Fraktionsanträge auch in der Vergangenheit nicht an die Ausschüsse verwiesen worden, wenn der Antragsteller nicht vorher seine Hausaufgaben gemacht habe.

Herr Schlieker appelliert an den politischen Anstand und bittet noch einmal darum, den Antrag an die Ausschüsse zu verweisen.

Frau Dirks macht deutlich, dass die Verwaltung für die Ausschussberatungen keine Vorlagen erarbeiten werde. Der Ausschuss müsse sagen, was er wolle, vorher werde die Verwaltung nicht tätig werden.

Herr Tauber hält Herrn Fehmer entgegen, dass es keinen Anspruch auf Automatismus und Weiterleitung von Anträgen in die Ausschüsse gebe. Wenn inhaltlich nichts dahinter stehe, müssten sich die Ausschüsse und die Verwaltung nicht damit beschäftigen.

Herr Dübbelde schlägt vor, über eine Verweisung in die zuständigen Ausschüsse abzustimmen.

Herr Roggenkamp stellt zu der Äußerung des Herrn Wieling, dass in Billerbeck keine Oberflächenversickerung möglich sei richtig, dass es wehr wohl Beispiele gebe, wo sie funktioniere. Es sei Sache des Ausschusses hierüber zu beraten.

Nachdem Herr Schlieker erklärt, in welche Fachausschüsse die einzelnen Punkte des Antrages verwiesen werden sollen, lässt Frau Dirks über den Fraktionsantrag abstimmen.

Beschluss:

Die Punkte a) und b) des Fraktionsantrages Bündnis 90/Die Grünen werden an den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, der Punkt c) an den HFA und der Punkt d) an den Betriebsausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: 14 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

8. Mitteilungen

8.1. Neuer Sitzungskalender - Herr Messing

Herr Messing verweist auf den allen Ratsmitgliedern ausgehändigten neuen Sitzungskalender, der hoffentlich die Zustimmung aller finde.

8.2. Antrag der CDU-Fraktion auf Überlassung eines Raumes in der Verwaltung zur Durchführung einer Bürgersprechstunde - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Überlassung eines Bü-

ros im Rathaus beantragt habe. Die Fraktion wolle einmal im Monat, beginnend mit dem 26. April 2007, von 17:00 bis 18:00 Uhr eine Bürger-sprechstunde anbieten. Es sei beabsichtigt, der Fraktion das Büro neben dem Foyer zu überlassen.

Frau Dirks ergänzt, dass bei Bedarf alle anderen Fraktionen den gleichen Anspruch geltend machen könnten.

8.3. Verbindung zwischen Oberlau-Brücke und Darfelder Straße - Herr Messing

Herr Messing bezieht sich auf den Hinweis von Herrn Dittrich, dass die Verbindung zwischen Oberlau-Brücke und Darfelder Straße versandet und das Befahren für Radfahrer gefährlich sei und teilt mit, dass im Rahmen der derzeit durchgeführten Baumaßnahme an der Darfelder Straße die Randeinfassung des bestehenden Radweges verlängert worden sei.

8.4. Gefahrenstellen auf dem Südbergweg - Herr Messing

Herr Nowak habe darauf hingewiesen, dass die Benutzung des Südbergweges für Fußgänger und Radfahrer gefährlich sei, weil der Schotter lose und seit Jahren nicht mehr befestigt worden sei, so Herr Messing. Der Südbergweg sei im Oktober 2006 durch den städt. Bauhof verkehrssicher wieder hergestellt worden.

8.5. Umlaufsperrung im Bereich des Zebrastreifens am Hagen - Herr Messing

Herr Pfeiffer habe darauf hingewiesen, dass die Umlaufsperrung falsch herum angebracht worden sei, so Herr Messing. Hierzu sei auszuführen, dass die Umlaufsperrung an dem vorhandenen Gehweg im Bereich Richtengraben in Höhe des Fußgängerüberweges „Hagen“ im Dezember 2006 durch den städt. Bauhof aufgestellt worden sei. Für den allgemeinen Verkehrsraum gebe es keinerlei zwingende Vorschriften für die Aufstellung von Umlaufsperrungen. Die Arbeitshilfen und Anmerkungen des ADFC seien hierbei berücksichtigt worden. Ebenfalls seien die Mindestmaße für die Barrierefreiheit eingehalten worden, d. h. eine Durchfahrbreite von 1,50 m sowie ein Stauraum von 3,00 m bis zum querenden Radwegerand. Eine weitere Fahrbeziehung durch Radfahrer erfolge von der Ludgerstraße aus über den Wendehammer des Richtengrabens. Die Bordsteinabsenkung liege im unmittelbaren Bereich der Umlaufsperrung, so dass ein zu schnelles Durchfahren möglich gewesen sei. Um ein ungehindertes Durchfahren zu erschweren, seien mittlerweile Blumenkübel in diesem Bereich aufgestellt und die Bordsteinabsenkung um ca. 2,00 m verlegt worden.

Herr Pfeiffer erinnert an seine Anfrage bzgl. der Anordnung von Tempo 30 vor dem Zebrastreifen.

Frau Dirks erklärt, dass die Antwort des zuständigen Fachbereiches noch nicht vorliege.

8.6. Baumaßnahme Nottulner Straße - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt mit, dass lt. Auskunft des Landesbetriebes die Nottulner Straße am kommenden Freitag wieder für den Verkehr freigegeben werde.

Herr Roggenkamp erinnert an seine Nachfrage, ob der PKW-Verkehr nicht mittels einer Ampelanlage durch die Baustelle hätte geleitet werden können.

Eine telefonische Nachfrage beim Landesbetrieb habe ergeben, dass dies aufgrund der zu geringen Fahrbahnbreite nicht möglich sei, so Herr Mollenhauer.

Herr Pfeiffer erkundigt sich, ob sich die nächsten Bauabschnitte direkt anschließen.

Herr Mollenhauer berichtet, dass der Landesbetrieb beabsichtige, die Ausschreibung der nächsten beiden Bauabschnitte in diesem Jahr und die Baumaßnahme komplett im nächsten Jahr durchzuführen.

8.7. Anlegung des Geh- und Radweges Beerlager Straße - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer informiert den Rat über die Vorbereitung der Ausschreibung zur Anlegung des Geh- und Radweges Beerlager Straße. Im Hinblick auf die Schulwegsicherung sei vorgesehen, die Platanen in den Osterferien zu beseitigen und mit der Baumaßnahme im Juli zu beginnen. In Abstimmung mit dem Landesbetrieb würden als Ersatzbepflanzung Säulen-Ahorn gepflanzt.

8.8. Austausch von Seiten im Haushaltsplan 2007 - Herr Messing

Herr Messing weist darauf hin, dass in dem kürzlich ausgehändigten Haushaltsplan 2007 einige Seiten falsch zusammengelegt worden seien. Die Ratsmitglieder sollten ihren Haushaltsplan überprüfen und ihn ggf. zum Tauschen der Seiten bei der Verwaltung hereinreichen.

9. Anfragen

9.1. Verleihung des Klimaschutzpreises - Herr Dittrich

Herr Dittrich schildert, dass er eine Einladung zur Verleihung des Klimaschutzpreises am 26. Februar 2007 erhalten habe. Darin werde angekündigt, dass neben den Preisträgern und Vertretern der RWE auch die örtliche Presse anwesend sein werde. Er habe mit Erstaunen und Verärgerung erfahren, dass die Presse erst am Tag des Termins über die Veranstaltung informiert worden sei. Man könnte vermuten, dass dies mit der Tatsache zusammen hänge, dass die Bürgerinitiative „Pro Baum“ einen Preis bekommen habe. Er fragt nach, warum die Presse erst so spät und Radio Kiepenkerl überhaupt nicht informiert wurden.

Frau Dirks betont, dass dies kein böser Wille gewesen sei, sie lege Wert auf gute Zusammenarbeit mit der Presse, deshalb würden immer sämtliche Printmedien eingeladen. Sie werde bei der zuständigen Mitarbeiterin nachfragen, warum das in diesem Fall schief gelaufen sei und dann berichten.

9.2. Schlechter Zustand der Finnbahn - Herr Wieling

Herr Wieling weist darauf hin, dass der Zustand der Finnbahn nicht mehr haltbar sei. Der untere Teil müsse dringend instand gesetzt werden. Entweder müsse Rasen eingesät oder Schotter aufgebracht werden.

Herr Spengler ergänzt, dass die Verbindung von der Ampelanlage Darupper Straße bis zum Pferdestall ebenfalls in einem schlechten Zustand sei. Obwohl seit Tagen trockenes Wetter herrsche, sei der Weg immer noch matschig.

Herr Mollenhauer führt aus, dass er mit dem Sportverein abstimmen werde, inwieweit die Finnbahn genutzt werde. Der Sportverein habe bereits signalisiert, dass es angenehmer wäre, auf das Sand/Sägemehl-Gemisch zu verzichten. Die Tendenz gehe dahin, die Finnbahn umzuwandeln in Rasen.

Herr Wieling gibt zu bedenken, dass Rasen glatt sei und regelmäßig gemäht werden müsse. Es müsse sichergestellt werden, dass die Finnbahn von Joggern gefahrlos genutzt werden könne. Rasen einzusäen, sei keine Lösung. Die Finnbahn werde morgens und abends gut angenommen.

Herr Mollenhauer kündigt an, dass diese Fragestellung im Ausschuss diskutiert werden müsse.

9.3. Einladung zur Informationsveranstaltung über die Ganztags Hauptschule - Herr Tauber

Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Billerbeck Fördermittel für die Einrichtung der Ganztags Hauptschule bekommen habe, halte er es für äußerst unglücklich, dass die örtlichen Landtagsabgeordneten zu der öffentlichen Informationsveranstaltung über die Ganztags Hauptschule erst kurz vorher eingeladen worden seien, so Herr Tauber. Weiter fragt er nach, warum nicht zumindest auch die ordentlichen Mitglieder des Schul- und

Sportausschusses eingeladen wurden.

Frau Dirks erläutert, dass zunächst nur eine Informationsveranstaltung für die Eltern geplant gewesen sei. Dann sei darüber nachgedacht worden, die Informationsveranstaltung auch für alle interessierten Bürger zu öffnen. In dem Zusammenhang seien dann auch kurzfristig die Landtagsabgeordneten eingeladen worden. Die Schule werde die Landtagsabgeordneten aber noch zu einem gesonderten Termin einladen, um das Ergebnis der Förderung zu präsentieren.

Die Nachfrage von Herrn Tauber, dass also die Landtagsabgeordneten erst einen Tag vor der Veranstaltung informiert wurden, bestätigt Frau Dirks.

9.4. Nachtabsenkung der städt. Beleuchtung - Herr Kortmann

Herr Kortmann führt an, dass die Nachtabsenkung der städt. Beleuchtung erst um 22:30 Uhr erfolge. Er fragt nach, ob diese nicht, wie in Nottuln und Havixbeck bereits zu Beginn der Einschaltung der Beleuchtung vorgenommen werden könne. Er schlägt vor, hierüber im Ausschuss zu diskutieren.

Herr Mollenhauer sagt zu, das Thema aufzugreifen.

9.5. Fehlende Bürgersteigabsenkung an der Gartenstraße - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer weist auf fehlende Bürgersteigabsenkungen für Rollstuhlfahrer im Bereich der Sackgasse Gartenstraße hin.

Herr Messing betont, dass es sich um einen Schulweg handele und eine Absenkung dazu führen würde, dass die Schulkinder mit unverminderter Geschwindigkeit direkt auf die Straße „Zu den Alstätten“ fahren könnten. Nach Einwand von Frau Mollenhauer, dass sie aufgrund der Übersichtlichkeit hierin keine Probleme sehe, sagt Frau Dirks eine Überprüfung vor Ort zu.

9.6. Radweg entlang der L 506 auf der Beerlage - Herr Ueding

Herr Ueding erkundigt sich, wann der Radweg entlang der L 506 auf der Beerlage angelegt werde.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass der Radweg in diesem Jahr hergestellt werde.

9.7. Öffnung der Kinderspielplätze hinter der LAWI und am DRK-Kindergarten Johann-Heermann - Herr Wieling

Herr Wieling führt an, dass es schwer zu vermitteln sei, dass die großen

und schönen Spielplätze der Kindergärten in den Ferien und nachmittags nicht von allen Kindern genutzt werden dürfen. Er fragt nach, ob die Stadt nicht die Versicherungspflicht übernehmen könne.
Frau Dirks sagt Überprüfung zu.

10. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Herr Bertelsbeck schildert ausführlich seine Situation als Grundstückseigentümer im Projektgebiet Kohkamp. Er sei nicht bereit, die Dichtheit seiner Hausanschlussleitungen bis 2008 nachzuweisen, er wolle dies bis 2015 tun. Im Übrigen bezweifle er, dass das Fremdwasser nur durch die privaten Hausanschlussleitungen eingeleitet werde und fragt nach, wie dicht denn das städt. Kanalnetz sei.

Herr Hein führt aus, dass das öffentliche Kanalnetz auch im Projektgebiet nicht an allen Stellen dicht sei und deshalb Teil des Projektes auch die weitere Abdichtung sei. Am Ende werde spätestens 2008 der städt. Kanal dicht sein, genau wie die privaten Leitungen.

Im Weiteren weist Herr Hein darauf hin, dass die Äußerungen von Herrn Bertelsbeck, soweit sie Gesprächsinhalte mit ihm wiedergeben, nicht der Wahrheit entsprechen.

Weiter bringt Herr Bertelsbeck vor, dass Herr Hein ihm gegenüber eine kränkende Äußerung getätigt habe und befragt Frau Dirks nach ihrer Meinung hierzu.

Frau Dirks entgegnet, dass sie bereits gesagt habe, dass sie diese Aussage, wenn sie denn gefallen sei, äußerst missbillige.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin